

Antwort auf Fragen zur Bundestagswahl

1

DIE LAGE IST ERNSTER GEWORDEN, ABER BONN BESTIMMT NICHT DIE PERSPEKTIVE

Dr. Puder: Wir schätzen das Ergebnis der westdeutschen Bundestagswahlen realistisch ein, das heißt, wir gehen nicht an über deutlich sichtbaren Tatsachen vorbei, daß die reaktionärsten Kräfte in Westdeutschland fest im Sattel sitzen. Alle diesbezüglichen Sorgen, die auch von den meisten Angehörigen der Universität geteilt werden, sind nur allzu berechtigt. Die von westdeutschen Imperialismus und Militarismus ausgehenden Gefahren haben sich eindeutig erhöht. Die CDU/CSU wird das Wahlergebnis ausnutzen, um ihre Politik der Atomaufrüstung, der Notstandsgesetze, der Hallstein-Doktrin und des „verdeckten Krieges“ durchzusetzen. Insofern wird die weitere politische Entwicklung in Deutschland vom Ausgang der Wahlen doch beeinflusst.

Kulak: Natürlich hat sich durch die Wahl prinzipiell nichts am Kräfteverhältnis in Deutschland geändert, aber was sich nach meinem Erachten verändert hat, das heißt verschlechtert hat, ist: Dadurch, daß die CDU, die wir ausdrücklich als Kriegspartei gekennzeichnet haben, mit Abstand gesiegt hat, ist die Stala der Möglichkeiten für eine Verschärfung der Bedingungen in Deutschland weitgehend eingeschränkt worden. Bei einem SPD-Sieg wäre zwar diese Frage nicht gelöst worden, aber auf bestimmten Gebieten wären Schritte möglich gewesen, die durch den CDU-Sieg von vornherein ausgeschaltet wurden.

Dr. Holzapfel: Insgesamt werden sich die reaktionäreren Bestrebungen der CDU/CSU verstärken, weil sie das Ergebnis der Wahl als Bestätigung ihrer Politik betrachten. Wir können verzeichnen, daß insbesondere durch die Politik der DDR wurde die Haltung des DGB und einiger IG-Vorstände die CDU gezwungen wurde, entscheidenden Fragen offen die Karten auf den Tisch zu legen. In bezug auf ihre atomaren Bestrebungen wurden sie vor der Wahl gezwungen, trotz Verschleiern, Demagogie usw. ihre Linie zu verdeutlichen. Sie mußten sich also zur Notstandsdeklaration bekennen, wenn auch verkleidet mit den entsprechenden demagogischen Phrasen. Aber die grundlegenden politischen Fragen standen zweifellos im Mittelpunkt des Gesprächs vor der Wahl, und hier ist das beruhigende, daß die Adenauer-CDU heute durch den Ausgang der Wahlen ihre politische Linie als bestätigt betrachten darf, zumindest das bis hinstellen wird.

Dr. Sachse: Es ist ja nicht nur so gewesen, daß die CDU/CSU nur gezwungen worden ist, die Karten offen auf den Tisch zu legen, sondern sie hat das ja auch ganz bewußt gemacht, und sie hat bewußt eine Kriegspsychose hervorgerufen, um abtasten zu können, wie weit sie nach den Bundestagswahlen gehen kann, und die Bestätigung erhalten. Hinzu kommt, daß bestimmte Fragen ausgeklammert wurden, die die Wähler hätten nachdrücklich machen können, wie das Problem des Friedensvertrages, das Passiereweisabkommen usw.

Dr. Holzapfel: Die andere Seite ist aber, daß sie durch die Haltung einiger IG-Vorstände und unser Einschalten in die Debatte gezwungen wurden, Farbe zu bekennen. Der Test zeigt also auch, daß große Teile der Massen die darin liegende Selbstentlarvung der CDU noch gar nicht richtig verstanden haben. Es ist ein Beweis für die CDU gewesen, wie weit ihre Demagogie wirksam ist — wobei man natürlich eine Reihe anderer Faktoren, wie das Verhalten der SPD, mit berücksichtigen muß.

Dr. Schneider: Das Wahlergebnis widerlegt, daß sich große Teile der westdeutschen Bevölkerung und der westdeutschen Arbeiterklasse, die durchaus wie wir den Frieden wollen, durch die Abgabe der Stimme für die CDU/CSU objektiv gegen die Lebensinteressen der deutschen Nation entschieden haben. Die Frage seit der Wahl beweisen, daß die CDU/CSU bemüht ist, das Wahlergebnis als ein Mandat des Volkes für ihre antinationale Politik anzusehen, so daß man sagen muß, daß sich mit dem Wahlergebnis die Lage in Deutschland verschärft hat. Aber andererseits darf man nicht übersehen, daß sich gleichzeitig mit der Vertiefung der völkerverfeindlichen CDU/CSU-Politik die Widersprüche in Westdeutschland verschärften. Man muß meines Erachtens doch berücksichtigen, daß in den letzten Wochen und Monaten vor den Wahlen sich eine Bewegung gegen die antinationale Politik der Bonner Regierung herausgebildet hat. Ich erinnere an die Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung, die eine Bewegung war, wie wir sie in den letzten Jahren in Westdeutschland nicht mehr feststellen konnten — sowohl von der Breite als auch von der Vertiefung her. Auf Grund dessen, daß ein Widerspruch zuspitzten, vermochte die CDU nicht, über einige Fragen im Mantel des Schweigens zu decken, was so weit ging, daß sich Erhard erzwungen sah, fortschrittliche Intellektuelle als „Dummköpfe“ usw. zu bezeichnen. Bei aller Bedeutung unserer Erkenntnisnahme auf den ideologischen Klärungsprozess in Westdeutschland muß diese innenpolitischen Widersprüche in Westdeutschland selbst besprochen werden. Wenn man einschätzt, daß durch das Wahl-

ergebnis die Lage in Deutschland wesentlich ernster geworden ist, darf man auch nicht übersehen, daß sich Bonn nicht dem neuen internationalen Kräfteverhältnis entziehen kann, und daß letztendlich die Perspektive in Deutschland durch die DDR im Bündnis mit den übrigen Friedenskräften in ganz Deutschland und in der Welt entschieden werden wird.

2

DEMONTAGE DER DEMOKRATIE, DEMAGOGIE, KIRCHE UND RAFFINIERT TACTIK

Dr. Puder: Ich möchte behaupten, daß die CDU die Tatsache, daß sie keine Wahlniederlage erlitt, zu einem großen Teil der Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit ihrer Wähler zu verdanken hat. Man sollte in diesem Zusammenhang auch noch mal auf das Wahlprogramm der CDU, auf die sogenannte Düsseldorf Erklärung, zurückkommen. Darin steht z. B. — und diese Aussagen standen auch im Mittelpunkt des Wahlkampfes der CDU: „Die Christlich-Demokratische Union ist eine moderne Partei einer modernen Gesellschaft. Ihr Ziel ist die Freiheit und der Friede — in Deutschland, in Europa, in der Welt. Die CDU kämpft für die Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen, sie kämpft für die Einheit der Deutschen in einem Staat... Die CDU ist gegen den kalten Krieg.“ usw.

Das sind doch Aussagen, deren demagogischer Gehalt schwer zu durchschauen war, denen viele zustimmten. Die meisten CDU-Wähler haben sich doch nicht für das rechtsradikale Programm, das die CDU jetzt durchzusetzen versucht. Das System der Demagogie wurde einfach nicht durchschaut. So stellt z. B. ein westdeutsches Befragungsinstitut schon vor den Wahlen fest, daß

„35 Prozent des Wählervolks (13 Millionen Deutsche), die CDU nicht kennen, die Partei, die ihren Staat seit 18 Jahren regiert; 41 Prozent des Wählervolks (16 Millionen Deutsche) nicht wissen, ob sich an der Politik der Sozialdemokraten in der letzten Zeit etwas geändert hat, einer Partei, die gerade den ansehnlichsten Wandel in ihrer hundertjährigen Geschichte vollzieht; 16 Prozent des Wählervolks (6,5 Millionen Deutsche) auf die Frage, was wohl die wesentlichste Aufgabe einer Partei sei, keine Antwort geben konnte.“ Und weiter wird festgestellt: „Rund 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung kennen die Hallstein-Doktrin nicht, eines der meistmaximierten Instrumente westdeutscher Außenpolitik... Zwei Drittel der Wähler haben keine Vorstellung von den Notstandsgesetzen...“

Dieses Befragungsinstitut kommt dann zu dem Schluß: „Und viele wissen nicht, was sie wählen.“ — Wir können heute sagen: Viele wissen nicht, wen sie gewählt haben!

Dr. Schneider: Es ist meines Erachtens sehr richtig, wenn hier gesagt wird, daß die Demagogie, die politische Unwissenheit und auch die politische Massenpsychologie sehr wesentlich das Wahlergebnis beeinflusst haben. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß man auch die innenpolitischen Bedingungen beachten muß, unter denen diese Wahlen in Westdeutschland stattfanden. Zum Beispiel erschien einige Zeit vor den Wahlen ein Beitrag zu diesem Thema von Prof. Dr. Flechtheim, Ordinarus für Deutsche Geschichte an der Westfälischen Universität in „Spandauer Volksblatt“, der überschrieben war mit der Fragestellung: „Gehört alle Macht vom Volke aus?“ Flechtheim wies in diesem Artikel nach, daß die Entwicklung in Westdeutschland seit 1949 mit einer ständigen Demontage der Demokratie zugunsten des Volkes verbunden war und kam zu folgender Einschätzung:

„Insbesondere ist jede kritische oder gar oppositionelle Haltung in den entscheidenden Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft oder der Gesellschaftsstruktur, ja auch der Kulturpolitik stets der Gefahr ausgesetzt, als staatsfeindlich, kommunistisch und atheisistisch diffamiert zu werden.“ Und er fügte hinzu: „Die offene Diskussion der Lebensfragen der deutschen Nation ist tabu. Mit dem Verschwinden — seit 1969 — der schon recht zahmen von der FDP legitimierten offiziellen Opposition muß heute jeder, der noch von links zu kritisieren wagt, gewarig sein, in der einen oder anderen Form als nicht mehr zur Volksgemeinschaft gehörend betrachtet und behandelt zu werden. Der Ketzler wird zwar nicht mehr verbrannt...“

Und er fügte in Klammern mit ironischem Unterton hinzu: „Und dafür wollen wir schon dankbar sein...“

Kulak: Das Paradoxe ist doch an sich, daß sehr viele Schriften in Westdeutschland vor den Wahlen darauf hinwiesen, daß etwas an der westdeutschen Demokratie nicht stimmt. Das ist die eine Seite. Logischerweise hätte man daraus schlussfolgern müssen, daß sich das Wahlergebnis zu Ungunsten der CDU/CSU verändern müsse. Aber alle diese Dinge erreichten doch nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung, das „Spandauer Volksblatt“ etwa oder die „Frankfurter Rundschau“ usw. Gemessen an der Verbreitung solcher Publikationsmittel wie der „Bildzeitung“ oder ähnlichem ist die Zahl der Menschen, die diese Dinge lesen, sehr gering.

Dr. Schneider: Ich meine, alle politisch richtigen Entwicklungstendenzen in Westdeutschland konnten deshalb nicht wirksam werden, weil die Arbeiterklasse von der SPD nicht richtig orientiert worden ist. Man kann eben nur — auch im Wahl-

ergebnis — eine Veränderung erreichen, wenn man die Arbeiterklasse richtig politisch-ideologisch führt, und das hat es bei den diesjährigen Wahlen seitens der SPD nicht gegeben. Andererseits konnte die SPD gerade in den Bereichen Stimmen gewinnen, wo es eine klare Orientierung gegen die Notstandsgesetze usw. gab.

Kulak: Der zweite maßgebliche Fakt neben diesem allgemeinen Niveau ist meiner Ansicht nach — und das sollte man nicht unterschätzen — die sehr geschickte Regie der CDU im Wahlkampf. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß sie mit dem aggressiven Inhalt ihrer Politik die Massen so hat überhumpeln können...

Dr. Schneider: Die Hauptlösung lautet ja: Es geht um Deutschland... Fakt ist doch, daß dieser aggressive Inhalt sehr gut verpackt wurde — angefangen bei den Wahlplakaten bis zur Wahltaktik. Sehr interessant war, daß sich Duftweiss in der Wahlnacht grinsend vor die Fernsehkamera stellte, als abzusehen war, daß die CDU gewann, und erklärte: Wir möchten uns bei unseren Wählern entschuldigen, daß wir einen kleinen Trick angewendet haben, indem wir die Lösung des Kopf-an-Kopf-Rennens ausgegeben haben. Faktisch hohnhächelnd; Da habt ihr für eure Dummheit die Quittung! Denn diese Lösung wurde ja ganz bewußt ausgegeben — mit Unterstützung des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts —, um die unentschiedenen Wähler für die CDU zu gewinnen, die sich sagten: Dann schon lieber CDU, weil wir wissen, was wir von der CDU bekommen haben. Ob wir es von der SPD bekommen, wissen wir nicht.

Dr. Holzapfel: Wenn der CDU/CSU keine Wahlniederlage beigebracht werden konnte, so liegt das meiner Meinung nach doch auch daran, daß es ihr noch einmal gelang, das Geheimnis der Kriegsvorbereitung zu hüten. Die Masse der Wähler hat dieses Problem einfach nicht durchschaut. Neben der offenen Kriegshetze, die betrieben wurde, um zu testen, wie weit man gehen kann, wurde doch die ganze CDU-Politik in Friedensphrasen verpackt. Das ist nichts Neues, das hat schon Wilhelm II. getan, und das hat Adolf Hitler auch getan. Bloß, man muß einmal sehr aufmerksam studieren, wie sie vom Frieden sprechen — man knüpft den Frieden immer an bestimmte Bedingungen: Frieden und Freiheit, heißt es, Frieden und Sicherheit, Frieden und Einheit. Das ist kein rückhaltloses Bekenntnis zum Frieden, das heißt eben: erst „Freiheit“ für die 17 Millionen armen Bewohner der sowjetischen Besatzungszone, erst „Einheit“ mit ihnen und dann Frieden. Erst knüpfeln wir sie zusammen, und dann sind wir gern bereit, Frieden zu machen.

Zu dieser Kunst, den Krieg vorzubereiten, gehört auch, mit ein bißchen Wohlstand den Wählern den Kopf zu verkleistern. Die Resultate der Konjunktur in Westdeutschland hat die CDU auf ihr Konto verbucht, genauso wie Hitler damals die Belebung nach 1933.

Dr. Schneider: Es fiel vorhin im Zusammenhang mit der psychologischen Kriegsvorbereitung auch der Name Adolf Hitler. Ich habe hier einen Auszug aus einer Rede Hitlers, in der er zu diesem Thema Stellung nahm. Er sagte am 10. November 1933 vor der Nazisprecher:

„Die Umstände haben mich gezwungen, jahrelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Bedrohung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als die Voraussetzung notwendig war.“ Und er fügte hinzu: „Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war unumvermeidlich, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustimmen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu aber war es unumvermeidlich, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beschreiben, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“

Das ist meines Erachtens die Faustregel der deutschen Reaktion für die psychologische Kriegsvorbereitung. Und auch der von der CDU/CSU geführte Wahlkampf ist als eine Seite im System der psychologischen Kriegsvorbereitung zu betrachten.

Kulak: Man darf nicht vergessen: Auch der Klerus hat in diesem Zusammenhang ganz raffiniert gearbeitet, angefangen vom Bischofsbrief, der am Wahlsonntag verlesen wurde; und vielfach ging man unmittelbar aus der Kirche ins Wahllokal — zwei Drittel sind eben katholisch in Westdeutschland...

Dr. Sachse: ... und vorwiegend auf dem Lande, wo die SPD nicht entsprechend wirksam geworden ist.

Dr. Schneider: Die CDU ist ja seit Jahr und Tag bemüht zu erreichen, daß der ehrlich gläubige Mensch in Westdeutschland die innenpolitischen Verhältnisse als eine von Gott gewollte Ordnung betrachtet und es als Pflicht eines Christen ansieht, am Wahltag der CDU bzw. CSU seine Stimme zu geben...

Dr. Puder: ... Nach dem Motto: Ihr braucht mit vielem nicht einverstanden zu sein, was die CDU macht, aber wenn ihr zu wählen habt, dann die Partei, die Gott am nächsten ist.

Springer mit seiner Massenpresse hat zwar in Westdeutschland außerordentlichen Einfluß. Aber wir sollten nicht nur Springer sehen. Ich habe mich in meiner Arbeit näher mit einem katholischen Pressorgan befaßt und hier die ungeheure Seelenmassage studieren können, die immer wieder bei Bundestagswahlen ausgedeutet wird. Und wenn man weiß, daß heute in Westdeutschland 20 Millionen Exemplare allein an katholischen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen, dann liegt auch hier

eine wesentliche Ursache für den Wahlsieg der CDU.

Dr. Sachse: Ein bemerkenswertes Moment der psychologischen Kriegführung ist auch folgendes: Es gibt in Westdeutschland neben den größeren Parteien u. a. auch eine sogenannte Nationaldemokratische Partei. Und gerade diese Partei ist ein Instrument, mit dem die physiologische Kriegsvorbereitung in Westdeutschland einfach werden soll. Mit diesen Kräften versucht man, soweit wie möglich rechts zu gehen bis hin zum Faschismus, nicht in der verkleisterten Form, wie das bei der CDU/CSU zum Teil auftritt, und hierbei zu testen, wie weit man schon wieder mit faschistischen Lösungen und faschistischem Gedankengut gehen kann. Diese NDF, die neun Monate alt ist, hat zu den Bundestagswahlen bereits etwa 700 000 Stimmen errungen, etwa zwei Prozent der Stimmen der westdeutschen Wähler... **Dr. Holzapfel:** Ihre Lösung war: Man kann wieder wählen!... Ich möchte nur einige Momente nennen, wie diese Partei auftritt: Der Badenweiler Marsch, das Deutschlandlied, die Farben Schwarz-Weiß-Rot sind Dinge, mit denen sie nach außen sichtbar auftreten. Ihr „Führerstab“ setzt sich vorwiegend aus alten Nazis zusammen. Es sind u. a. NSDAP-Mitglieder mit Mitgliedsnummern unter einer Million, ehemalige Gauamtsleiter, Gauredner und SA-Obersturmführer, Träger des goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, Junker der Ordensburg Vogelsang und ähnliche in ihrem Führungspremiem. Im Wahlkampf traten sie vorwiegend dort auf, wo sie möglichst großen Widerhall erwarteten, zum Beispiel in solchen Städten wie Coburg — von dort ging auch diese Bewegung aus — und zwar deshalb, wie sie selbst sagen, weil hier im Oktober 1922 zum erstenmal außerhalb von München die Nazis die Straßen beherrschten und sieben Jahre später zum ersten Male die parlamentarische Mehrheit in einem Stadtrat erringen konnten, und so weit mir bekannt ist, haben sie auch jetzt dort günstige Ergebnisse erreicht. Sie haben sich an Grüber der vom Nürnberger Gerichtshof verurteilten Kriegsverbrecher gestellt und diese mit den Opfern von Dachau und Buchenwald verglichen. Das ist ihre Linie, mit der sie auch die Wähler zu testen versuchen, um in den folgenden Jahren diese Politik auszubauen.

3

OPPOSITIONELLE BEWEGUNGEN BRAUCHEN DIE FUHRUNG DER ARBEITERKLASSE

Dr. Schneider: Wir hatten in diesem Jahr zu verzeichnen, daß sich die Ostermarschbewegung aus einer vorwiegend pazifistischen Bewegung mehr zu einer antimperialistischen und antimilitaristischen Bewegung zu entwickeln begann, was dadurch möglich war, daß es in diesem Jahr in stärkerem Maße gelungen ist, die Ostermarschbewegung mit der Arbeiterbewegung, vor allem mit den Gewerkschaften zu verbinden, daß sie von profilierten Gewerkschaftsfunktionären unterstützt worden ist, daß sie solche Lösungen enthielt wie „Nicht Grundgesetz, sondern Politik ändern!“, „Mit den Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze!“ u. ä. Forderungen mehr. Es ist auch gelungen, in die Ostermarschbewegung andere demokratische Kräfte einzubeziehen, so z. B. Teile der Gewerkschaftsjugend, aber auch fortschrittliche Sportler, Christen usw. Den politisch weitblickenden Kräften in der Ostermarschbewegung geht es darum, sie zu einer Bewegung über das ganze Jahr zu machen... **(Kulak:** Sie nennt sich ja auch nicht mehr Ostermarschbewegung, sondern Kampagne für Abrüstung)... Es gibt also in dieser Hinsicht Fortschritte, neue Momente, die von den westdeutschen Friedenskräften weiterentwickelt werden müssen. Aber wir dürfen andererseits auch nicht übersehen, daß das alles ganz einfach noch nicht ausreicht, daß sich vor allem die Parteilithung der SPD gegen diese Dinge ausspricht, daß gegenwärtig die Unterstützung der Ostermarschbewegung und überhaupt der übrigen Friedensbewegung in Westdeutschland zustande kommt gegen den Willen des Parteivorstandes der SPD. So war es z. B. Fakt, daß sich Herbert Wehner sehr scharf gegen die Ostermarschbewegung aussprach. Die notwendige Veränderung in der Politik der SPD kann nur dadurch erreicht werden, daß die ehrlichen und kampfgewillten Mitglieder der Gewerkschaften und der SPD darauf drängen, daß die SPD zu einer eigenen Politik zurückfindet, daß sie eine Politik der Arbeiterklasse betreibt. Nur in dem Maße, wie sich dieser Prozess in Westdeutschland vollzieht, wird auch die demokratische Bewegung an Kraft und Breite gewinnen, wird es möglich sein, größere Erfolge im Kampf gegen die aggressive Politik der westdeutschen Militarismus zu erreichen.

Kulak: Und deswegen ist auch nicht richtig, die Breite und Enge die Stärke oder Schwäche der oppositionellen Bewegung an dem Wahltag oder der Niederlage der CDU zu messen. Denn diese Bewegungen waren ja von vornherein nicht in der Lage, der CDU eine Wahlniederlage zu bereiten. Das konnte allein die SPD, und die hat versagt. Diese beiden Dinge stehen nur unmittelbar im Zusammenhang.

Dr. Holzapfel: Man darf auch nicht der Meinung sein, daß alle, die an Demonstrationen der Antinotstandsbewegung teilgenommen, schon Getreuer von Erhard sind. Sie sind oft dennoch überzeugt von der Demokratie in ihrem Staat und glauben an Er-

hard. Das macht die Dinge kompliziert, und das ist wiederum so, weil die SPD-Führung ihrer historischen Aufgabe nicht gerecht wird.

Dr. Schneider: Viele Teilnehmer an diesen demokratischen Bewegungen sind sogar oft zugleich Träger antikommunistischer Auffassungen, und man versucht ja gerade mittels des Antikommunismus, diese demokratischen Bewegungen zu spalten und zu desorientieren.

4

GEWERKSCHAFTEN GEBEN DAS BEISPIEL

Dr. Schneider: Da die einzelnen Bewegungen, die es in Westdeutschland gibt, nicht in der Lage sind, Träger einer anti-imperialistischen Volksbewegung zu sein — das kann nur die Arbeiterbewegung — fällt der SPD eine große Verantwortung zu, und es kommt eben darauf an, daß die besten Kräfte in der Sozialdemokratie darum kämpfen, daß die SPD dieser nationalen Verantwortung gerecht wird und die westdeutsche Arbeiterbewegung in diesem Kampf führt...

Kulak: ... daß die SPD, die Parolen, die diese Bewegungen haben, zu ihren eigenen macht.

Dr. Holzapfel: Man kann im Moment beobachten, daß sich eine Zuspitzung der Klassensituation und der Auseinandersetzung in Westdeutschland anbahnt, was jetzt in der Gewerkschaftsbewegung und besonders in der Haltung der IG Metall und ihres Vorsitzenden Otto Brenner sichtbar wird, und man kann überzeugt sein, daß dadurch die oppositionelle Bewegung neuen Auftrieb und neuen Inhalt bekommen wird. Man darf natürlich nicht so unbegründet optimistisch sein und ins andere Extrem fallen, aber trotzdem ist klar, daß ungeachtet der Ergebnisse der Bundestagswahlen die oppositionellen Kräfte wachsen werden, daß sie gewinnen — das ist begründet durch die objektiven Bedingungen des Klassenkampfes.

Dr. Schneider: Das beweisen auch zahlreiche Erklärungen westdeutscher Gewerkschaftsfunktionäre, in denen sie bekunden, daß sie nicht bereit sind, den Kampf einzustellen, sondern sich verpflichtet fühlen, den Kampf verstärkt fortzusetzen, um der Politik der CDU/CSU Einhalt zu gebieten.

5

HOHERE VERANTWORTUNG FORDERT GRÖßERE ANSTRENGUNGEN

Dr. Schneider: Zweifellos hat sich durch das Ergebnis der Bundestagswahlen die nationale Verantwortung der DDR für das Schicksal ganz Deutschlands erhöht. Die wichtigste Schlussfolgerung für uns muß sein, die DDR politisch, ideologisch, ökonomisch aber auch militärisch zu stärken. Nur in dem Maße, wie wir die DDR stärken, wird sie in die Lage versetzt, die nationale Mission zu erfüllen und auf den notwendigen politisch-ideologischen Klärungsprozess in Westdeutschland mit Einfluß zu nehmen, denn letztendlich müssen diese Fragen durch die westdeutsche Bevölkerung selbst entschieden werden. Diese Verantwortung können wir ihr ganz einfach nicht abnehmen. Hieraus ergeben sich Schlussfolgerungen für jeden einzelnen von uns, um die aktuellen politischen Probleme an die Westdeutschen heranzutragen.

Wir können meines Erachtens mit Recht einschätzen, daß die Zahl der westdeutschen Bürger, die die Notwendigkeit einer neuen Politik in Westdeutschland zu erkennen beginnen, im Wachstum begriffen ist. Natürlich ist das ein widersprüchlicher Prozess, dem vor allem der Antikommunismus entgegenwirkt. Aber es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß die von Bonn betriebene Atomkriegspolitik eine antinationale Politik ist und es darauf ankommt, eine Politik zu betreiben, die dem Frieden dient. In dieser Hinsicht wird der Einfluß der DDR auf Westdeutschland erkennbar.

Dr. Holzapfel: Unsere Hauptaufgabe ist in diesem Zusammenhang, das Ansehen der DDR maximal zu erhöhen, und die Basis dafür liegt in unseren ökonomischen Erfolgen. Wenn wir nicht unsere Wirtschaft so entwickelt hätten, daß wir in der Lage wären, den arabischen Ländern ökonomische Hilfe zu geben, dann wäre uns unser außenpolitischer Sieg und die echte außenpolitische Niederlage Westdeutschlands, die der Besuch Walter Ulbrichts in der VAR dokumentiert, nicht gelungen. Gewachsen ist dieser Sieg auf unserer ökonomischen Stärke. Doch das Ansehen unserer Republik ist ja nicht nur Sache des Produktionsarbeiters unmittelbar; das Ansehen der DDR erhöhen auch wir, wenn wir unsere Studenten auf höchstem Niveau ausbilden und selbst die entsprechenden Qualitäten haben. Dadurch wirken wir doch in der Konsequenz auch entscheidend auf die Entwicklung in ganz Deutschland ein.